

„Politische Reform“ in Italien und Japan

WARUM GELANG DIE REFORM DES WAHLSYSTEMS? (2)

Taro Daikoku

-Die Abgeordnetenhauswahlen 1993 und die Realisation der Reform des Wahlsystems : Die Stärke der LDP

Nun endlich scheiterte die Ozawa-Gruppe mit ihrer Strategie, „zuerst Einführung eines Mehrheitswahlrechtes noch vor allem anderen“. Sie strebte diese an und hoffte darauf, dass die in den 80 er Jahren erheblich stabilisierten innerparteilichen Verhältnisse durch Einführung eines neuen Wahlsystems in Bewegung gebracht werden, und die neu gegründete Gruppe mehr Parlamentarier um sich innerhalb der LDP, ohne die LDP zu verlassen, sammeln und ihre Einflüsse in der Partei erweitern könnte. Aber ihre Bestrebung ging mit ihrem Austreten aus der LDP scheiternd zu Ende. Während die Gruppe Ozawas in diese Schwierigkeiten geriet, konnte die LDP das von der Ozawa-Gruppe zerstörte Gleichgewicht zwischen Fraktionen innerhalb der Partei mit ihrem Austreten zurückgewinnen und ihre Grundlage wie die innerparteilichen Regeln, Mitglieder und die Parteifinanz im Wesentlichen verteidigen. Hier zeigt sich ein Unterschied zwischen Italien und Japan : der Fall der LDP ist das Gegenteil dessen der Italiens Parteiensystem seit dem

Ende des zweiten Weltkriegs dominierenden konservativen Partei, DC, die im Prozeß vom politischen Realignment zu ihrem Zusammenbruch getrieben wurde. Es waren in Japan nur 44 Parlamentarier der Ozawa-Gruppe und 10 der Takemura-Gruppe, die ihre eigene Partei, die LDP, zu diesem Zeitpunkt verlassen haben. Die LDP blieb trotz dieser Abspaltung mit Abstand die stärkste Partei, wenn sie auch damit die Mehrheit im Parlament verlor. Diese Stärke zeigte sich auch im Ergebnis der Abgeordnetenhauswahlen im Jahr 1993 und es war nicht die LDP, sondern die JSDP, deren Sitze drastisch von den neuen Ozawas bzw. Takemuras entzogen wurden. In der Tat zeigt eine genauere Analyse der Wahlen³⁷, dass die neuen Parteien nicht mit der LDP, sondern mit der JSDP in Konkurrenz standen und es gelang der LDP trotz ihren Schmiergeldaffären, ihre vorigen Sitze beinahe zu verteidigen (nur 4 Sitze weniger). Außerdem gewann die LDP ein neues Wahlsystem, mehr zugunsten der LDP als des Regierungsentwurfs, in den wichtigen Punkten des neuen Wahlrechts, wie das Verhältnis der Sitzverteilung der Mehrheits- und Verhältniswahlen und die Einheiten der Stimmzählung, weil die neue Ohne-LDP-Regierung unter der Ministerpräsidentschaft Hosokawas, der schon in der Öffentlichkeit die Reform des Wahlsystem als ihre dringendste und wichtigste Aufgabe nannte, einen Kompromiß um ein neues Wahlrecht mit der LDP suchte, nachdem der Regierungsgesetzentwurf zur Reform des Wahlsystems mit den Gegenstimmen der mit der Regierungsteil-

37 Ikuo Kabashima, *Shintô no tōjyō to jimintō ittō yūi taisei no hōkai*, *Leviathan*, vol. 15, 1994.

“Politische Reform” in Italien und Japan (DAIKOKU)

Verantwortung für die Einführung des neuen Wahlsystems, welches das Mehrheitswahlrecht als wichtigsten Teil des Systems enthält, als die erste Regierungspartei übernehmen, obwohl sie es ein Jahr zuvor eigentlich strikt abgelehnt hatte, in ein neues Wahlsystem dieses Element eindringen zu lassen. Die Frage lautet deswegen, warum die JSDP, als ein rationaler sowie strategischer Akteur, innerhalb eines Jahres in eine solch schwierige Position gedrängt wurde, obgleich es schon am Anfang unverkennbar war, dass irgendeine Veränderung des geltenden Wahlsystems in jeder Art für sich entscheidend nachteilig würde? Hier folgen wir dem Prozess der Strategieumwandlung der JSDP.

Im März 1993 entschied sich die JSDP offiziell für ein personalisiertes Verhältniswahlrecht nach dem Deutschland-Modell (200 in Mehrheits-, 300 Verhältniswahlen). Nach der Erklärung von Satô, dem Vorsitzenden vom Projekt-Team der Partei für Wahlsystemreform, soll das neue Wahlsystem so gestaltet werden, dass die Sitzverteilung im Parlament exakt die Stimmzahlen widerspiegelt (Verhältniswahlrecht). Wie es schon im Teil der Verhältniswahlen für das Oberhaus im Jahr 1989 gezeigt wurde (die JSDP gewann mehr Sitze als die LDP), bedeutet das Verhältniswahlrecht eine realistische Möglichkeit zu einem Regierungswechsel und eben deswegen eine echte politische Reform. Zu dieser Zeit forderte die PCI in Italien die Abschaffung des Verhältniswahlrechts, das sie in der Nachkriegszeit immer und konsequent als einen der wichtigsten Kerne der italienischen Demokratie betrachtet hatte, und eine Einführung des Mehrheitswahlrechts, um alle progressiven Kräfte um sich zusammenzuziehen und eine linksorientierte Regierung zu

bilden. Warum jeder von den progressiven Oppositionsparteien, die im fixierten Regime lange von der Macht ausgeschlossen blieben („ewige Oppositionspartei“) und eine Beteiligung an der Macht als politischer Akteur anstrebten, zu dieser Zeit als Regierungsstrategie verschiedene Wege ging, lautet hier die wichtigste Frage. Weshalb hielt die JSDP als rationaler Akteur zu dieser Zeit, in der die Weiche zum parteipolitischen Realignment gestellt sind, „exakte Widerspiegelung der Stimmzahlen auf die Sitzverteilung“, für entscheidend wichtig?

Wie später noch genauer überprüft wird, war die Grundlage der rationalen Strategie der PCI viel anders als die der JSDP. Die Tatsache, dass die PSI, die in den 80 er Jahren der Hauptkonkurrent der PCI um die linke Wählerschaft war (siehe Kapitel 2), durch die Skandale „Tangentpoli“ zusammenbrach, ließ die PCI, die mit der Namenveränderung zur PDS nach dem Mauerfall Berlins auf der Suche nach einer neuen Identität im italienischen Parteiensystem war, davon überzeugen, dass sie als über eine glänzende Parteigeschichte in der italienischen Nachkriegsdemokratie und eine landesweit gut organisierte Parteibasis verfügende Linkspartei in der Neuordnung die entscheidende Position im progressiven Lager wird besetzen könne. Im Gegenteil zur PCI war die JSDP nicht nur zu dieser Zeit, sondern sogar nie nach dem Entstehen des „Regimes von 1955“, keine Führungskraft der möglichen Zusammensetzung aller Oppositionsparteien. Seit der Fragmentierung des Oppositionslagers in den 70 er Jahren galt die Regierungsstrategie der JSDP als die Frage, wie sie alle Oppositionsparteien gegen die LDP zusammenstellen und zu einer gemeinsamen Koalitionskonzeption

entwickeln kann. Aber gerade als die Abgeordnetenzahl der gesamten Oppositionsparteien denen der LDP fast gleich kam, in den allgemeinen Wahlen im Jahr 1976, also ein Regierungswechsel noch nie zu vor wahrscheinlich schien, scheiterte doch solch ein Versuch der JSDP, weil sich zwei Mitteparteien, Kômeito und die DSP in wichtigen Themen eher der LDP näherten⁴³, als der möglichen Zusammensetzung aller Oppositionsparteien. Die LDP setzte ihr Budget für 1979 erst unter der Mitwirkung der beiden Mitteparteien durch. Die Kômeito und die DSP mischten sich sogar in die innerparteilichen Machtkämpfe der LDP im Jahr 1979, 1983 und dann auch in 1984 ein, um sich an einer möglichen Regierung offiziell beteiligen zu können. Die JSDP suchte eine sogenannte Versöhnungspolitik mit den beiden Parteien, um die weitere Mitwirkung der zwei Parteien mit der LDP zu verhindern, und fing genötigt für ihre einzige Regierungsstrategie an, sich politisch nach rechts zu schieben. Aber der einflussreiche linke Flügel der JSDP beharrte auf der Zusammenarbeit mit allen Oppositionsparteien einschließlich der Kommunistischen Partei und lehnte weitgehenden Politikwechsel der Partei nach rechts strikt ab. Zwischen den beiden Strömungen war es für die Partei offensichtlich schwierig, ihre Regierungsstrategie zu einer tragfähigen Regierungskonzeption zu entwickeln. In der Tat wuchs der Leitgedanke »Regierungswechsel unter Mitwirkung der JSDP, Kômeito und der DSP“ nie richtig heran : den Mehrwertsteuer-Gesetzesantrag der Nakasone-Regierung

43 Nobuhiro Hiwatari (1996), *ders.*, „55 nen Taisei” no Shûen to sengo kokka”, in *Leviathan*, vol.16, 1995.

ließen die drei Oppositionsparteien gemeinsam scheitern, aber bei dem neuen Versuch der Takeshita-Regierung zur Einführung einer neuen Form Mehrwertsteuer vereinigte sich die LDP mit der DSP und Kōmeito; nach dem Recruit-Skandal näherten sich diese drei Parteien dann wieder einander. Aber die Tatsache, dass die JSDP in den allgemeinen Wahlen 1990, im Hintergrund der Popularität ihrer neuen Parteivorsitzenden Doi und ihrer Anti-Mehrwertsteuer-Kampagne, 60 % mehr an Stimmen gewann, während Kōmeito und die DSP stagnierten, störte die Zusammenarbeit dieser drei Parteien. Es kam außerdem in der Kontroverse um Beiträge der japanischen Regierung zu den Internationalen Streitkräften im Golfkrieg, genauer gesagt, darum, ob Japan seine Selbstverteidigungsstreitkräfte an den Golf entsenden sollte, zu einem Krach zwischen der JSDP auf der einen Seite und Kōmeito, DSP und LDP auf der anderen Seite. In dieser Lage, in der die Regierungsstrategie der JSDP keine feste Grundlage hatte, müsste eine Einführung des Mehrheitswahlrechts für die JSDP einen gravierenden Verlust verursacht haben. Wenn die JSDP die Einführung des für kleinere Parteien Nachteile bedeutenden Mehrheitswahlrechts gefördert hätte, müsste die Mitwirkung dieser drei kleineren Parteien noch mehr gefährdet sein, und ohne Zusammengehen dieser drei Parteien gäbe es kaum eine Chance für die JSDP in Mehrheitswahlen. Deswegen war es für die JSDP zum Überleben strategisch rational, eine exakte Widerspiegelung der Stimmen auf die Sitzverteilung, also das Verhältniswahlrecht, zu befürworten.

-Die Wahl der JSDP (2)

Während die JSDP und Kōmeito gemeinsam einen Entwurf zur Wahlrechtsreform, personisiertes Verhältniswahlssystem nach dem Deutschland-Modell, vorlegte, brachte auch die LDP einen Gesetzesantrag, ein einfaches Mehrheitswahlrecht, ein. Um die Stockung zu beenden, legte der Rat zur Förderung der Politischen Reform (Seiji-Kaikaku-Kyōgikai), eine private Ratsversammlung der Intellektuellen und Kulturellen, einen Kompromiss der beiden Reformvorlagen dar und schlug öffentlich ein Modell einer Wahlrechtsreform (Ren-yōsei), die unabhängige Elemente vom Mehrheitswahlrecht ins Verhältniswahlrechtsmodell einführt, vor⁴⁵. Als Kōmeito, die vor kurzem gemeinsam einen Entwurf vorgelegt hatte, und auch die DSP die Annahme dieses Kompromissvorschlags erklärte, wurde die JSDP zu einer schwierigen Entscheidung gedrängt, ob sie allein ohne Kōmeito auf ihren Entwurf beharren oder den Vorschlag des Rates annehmen solle. Es war möglich und vorstellbar, dass sich die LDP auf einen möglichen Kompromiss mit Kōmeito und DSP am Ende der Legislaturperiode, ein Zwei-Pole-Modell vom Verhältnis- und Mehrheitswahlrecht einigen würde. Falls die LDP »einen Wechselball mit Jet-Motor spielen“⁴⁶ würde, wäre es auch höchst möglich, dass die beiden Mitteparteien den Ball der LDP auffangen würden. Der Parteivorstand der JSDP legte größeren Wert auf das Zusammengehen der drei Parteien und entschied sich deswegen für einen Kompromiss. Sonst müsste ihre andere Ent-

45 *Asahi Shinbun Zeitung*, 17. April 1993.

46 *Asahi Shinbun Zeitung*, 20. Juni 1993.

scheidung Kōmeito und DSP auf die Seite der LDP überlaufen lassen haben. Sie hätte dann allein von der Gestaltung eines neuen Wahlsystems ganz ausgeschlossen werden müssen. Ein anderer Grund für ihre Entscheidung war, dass es für die Partei günstiger wäre, zu dieser Zeit, in der der LDP die Mehrheit im Oberhaus fehlt, mit besseren Bedingungen zugunsten der JSDP eine Wahlsystemreform zu behandeln, bevor die LDP in den Oberhauswahlen in zwei Jahren wieder die Mehrheit in den beiden Kammern ergreifen könne⁴⁷. Aus diesen Gedanken veranstaltete die JSDP, als die erste Oppositionspartei, eine Sitzung der Parteivositzenden aller Oppositionsparteien⁴⁸ einschließlich der JNP (Japan New Party), die vor kurzem von Hosokawa gegründet wurde und daher zur Zeit noch keinen Sitz im Abgeordnetenhaus hatte. Sie fasste einen Beschluss zu dem Kompromissvorschlag des Rates zur Politischen Reform, *Renyōsei*, und zeigte ihren Zusammenhalt. In der Tat deutete eine Simulationsberechnung der Asahi-Shinbun-Zeitung darauf⁴⁹, dass die schon im Unterhaus vertretenen Parteien auch nach der Umrechnung nach dem *Renyōsei*-Modell ein fast gleiches Sitzverhältnis wie nach dem SNTV-System behalten würden. Anders als das Deutschland-Modell spielt das Element des Mehrheitswahlrechts im *Renyōsei*-System eine unabhängige Rolle und funktioniert also nachteilig für kleinere Parteien, aber die Verlierer in Mehrheitswahlen würden in Verhältniswahlen begünstigt und damit würde der Effekt des Mehrheitswahlrechts auch ausgeglichen. Auch in diesem Sinne war das System für die JSDP keine schlechte Wahl.

47 Redaktion der Asahi Shinbun Zeitung (Hrsg.), *Seikai saihen*, Asahi-Shinbun-Sya, 1993, S. 45-46.

48 Außer der JCP (Kommunistische Partei Japans).

49 *Asahi Shinbun Zeitung*, 17. April und 3. Juni 1993.

Nach der Vorstellung der Parteivorsitzenden der JSDP, Yamahana, könnte die JSDP mit dieser Parteienkonstellation die LDP zu sofortigen allgemeinen Wahlen zwingen und sie als »reformorientierte« größte Oppositionspartei gewinnen, falls die LDP wegen dem internen Meinungsunterschied um die politische Reform keine Kompromissbereitschaft zeigen sollte. »Politische Reform-die JSDP fördert, die LDP verhindert«⁵⁰, das war ihr Schlagwort. Wie schon gezeigt, verlief die politische Lage genauso wie die Vorstellungen Yamahanas.

-Die Wahl der JSDP (3)

Wie die parteipolitische Geschichte nach dem Entstehen des »Regimes von 1955« zeigt, hätte die JSDP in solcher Situation unter dem SNTV-Wahlssystem einen gewissen Erfolg haben können. Aber zu dieser Zeit, in den entscheidenden Wahlen, erlitt die Partei einen großen Rückschlag und verlor fast die Hälfte ihrer vorigen Sitze. Jedoch blieb die JSDP trotz ihrer bitteren Niederlage die erste Oppositionspartei. Es erhebt sich dann die Frage, warum die JSDP, ohne die es keine Ohne-LDP-Regierung gegeben hatte, zum Zwei-Pole-Modell des Verhältnis- und Mehrheitswahlrechts gezwungen wurde, und sogar die Verantwortung für die Einführung dieses Modells als die erste Regierungspartei übernehmen musste, obwohl sie vorher dieses Modell strikt abgelehnt hatte. Weswegen verlor die JSDP, die nun die erste Regierungspartei ist, die Initiative

50 Redaktion der Asahi Shinbun Zeitung (Hrsg.) 1993 (Anm. 47), S.45.

schon bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung?

Wer bei der Regierungsbildung nach den Wahlen die entscheidende Hand grif, war der Parteivorsitzende der JNP, Hosokawa, und der Gruppenchef von Sakigake, Takemura. Die beiden Politiker, die früher zu der LDP gehörten, hatten schon vor den Wahlen öffentlich angekündigt, dass sie nach den Wahlen eine gemeinsame Fraktion bilden wollen. Offengelegt hatten sie aber dabei nicht, mit welcher Partei sie dann koalieren wollen, während die JSDP schon vor den Wahlen ihre Entscheidung für eine Ohne-LDP-Regierung festgestellt hatte. Hosokawa und Takemura gewannen zwar gemeinsam 52 Sitze, aber die Zahl ist deutlich weniger als die der JSDP. Aber Takemura und Hosokawa hatte die freie Hand in der Koalitionspartnerwahl, während die JSDP keine andere hatte. Die JSDP musste sich, obwohl sie eigentlich mehr Sitze als die JNP plus Takemura-Gruppe hatte, für die Realisation einer Ohne-LDP-Regierung um 52 Sitze von JNP und Sakigake bewerben, weil eine Koalitionsregierung ohne LDP von der Entscheidung der beiden Politiker abhängig war. Der JSDP blieb keine andere Wahl, als den Vorschlag der JNP und Sakigake, das Zwei-Pole-Modell des Mehrheits- und Verhältniswahlrechts (250 Sitze in Mehrheits- 250 in Verhältniswahlen), zögernd anzunehmen, um ihr Wahlversprechen zu halten⁵¹. Außerdem wies die Tatsache, dass auch die LDP erklärte, den Vorschlag der JNP und Sakigake anzunehmen, darauf

51 Weswegen schlugen die JNP und Sakigake als eine Voraussetzung einer Koalition das 2 Pole-Modell vor? Wie schon gesehen, hatten die 6 Parteien einschließlich der JNP das Renyôsei-System als gemeinsamen Vorschlag beschlossen. Die JSDP hatte das 2 Pole-Modell strikt abgelehnt. In Hosokawas Artikel

hin, dass eine Einführung des Zwei-Pole-Modells auch ohne die JSDP höchst wahrscheinlich war. Der Widerstand der JSDP bedeutete in dieser Konstellation nichts mehr und ihr Beharren auf dem alten Beschluß könnte bloß zu ihrer Isolation und zur Enttäuschung der Bürger führen. Yamahana und der Parteivorstand der JSDP beurteilen die Entwicklung strategisch rational und sahen es für die Partei als besser an, sich an der Macht und damit auch an der Gestaltung eines neuen Wahlrechts zu beteiligen, deren Prozess als erste Regierungspartei zu beeinflussen und, nicht zuletzt, ein Wahlbündnis mit den anderen Koalitionspartnern für die nahestehenden Wahlen nach dem neuen Wahlsystem gegen den Konkurrenten – LDP – vorzubereiten⁵². Die JSDP war in die Lage, in der sie „entweder in den Sumpf hinter ihr oder über den Abgrund vor ihr springen“ musste⁵³.

in der monatlichen Zeitschrift *Bungeishunjū*, seiner öffentlichen Erklärung der Gründung der JNP (Jiyū syakai rengō kettō sengen”, Nr.6, 1992) nannte er die Notwendigkeit einer Wahlrechtsreform, aber erwähnte nicht, welches Modell erforderlich wäre. Es wird vermutet, dass Takemura, der den abgelehnten Entwurf der Kaifu-Regierung zur Wahlrechtsreform verfaßte, seine vorige Konzeption wieder aufgenommen hätte. Die Tatsache, dass das 2 Pole-Modell die beiden Lager, die ein einfaches Mehrheitswahlrecht vorgeschlagene LDP und die das Renyōsei-System beschlossene ohne-LDP-Koalition, zum mehr Schritt zum Kompromiß zwingt, war auch ein wichtigster Grund. In der Tat äußerte sich Takemura bevor Hosokawa für das 2 Pole-Modell in der Öffentlichkeit. *Asahi Shinbun Zeitung*, 22. Juli 1993, siehe TAWARA Sôichirô, *Atama no nai kujira*, Asahi-Shinbun-Sya, 1995, S.45.

52 Masaru Kohno (1995)(Anm. 33), S. 45.

-Die Umwandlung der Gewerkschaften und „politische Reform“

Die Umwandlung der Gewerkschaften in den 80 er Jahren beeinflussten erheblich die Entscheidung der JSDP zu dieser Zeit. Der Japanische Gewerkschaftsbund (Rengô) entstand im Jahre 1989 vom Zulauf der zwei Gewerkschaftsverbände und konnte keine konsequente Unterstützung zu einer Partei betreiben, weil jeder von ihnen immer noch, in der Organisation bleibende Strömungen, Dômei-und Sôhyô-Fraktion, mit einer bestimmten Partei in enger Beziehung stand. Vor dem Zulauf unterstützte der Dômei-Verband offiziell die DSP und der Sôhyô-Verband die JSDP. Um den vor kurzem endlich gegründeten Gewerkschaftsbund zu erhalten und eine Abspaltung der Organisation wegen dem Problem der Parteienunterstützung zu verhindern, sei, von der Sicht des Bundes aus, das Verhältniswahlrecht nach dem Deutschland-Modell rational. Außerdem favorisierte der Rengô-Bundesvorsitzende, Yamagishi, als Sozialdemokrat das Verhältniswahlrecht und hielt das Zusammengehen der beiden sozialdemokratischen Parteien, der JSDP und DSP, nach dem Vorbild der Gewerkschaften, und einen Regierungswechsel zu einer liberal-sozialdemokratischen Koalition ohne die LDP für möglich und erforderlich⁵⁴. Aber Yamagishis Konzeption erhielt nicht immer einstimmige Unterstützung innerhalb des Bundes. Die im Bund immer mehr Einfluss ausübenden

53 Redaktion der Asahi Shinbun Zeitung (1993) (Anm.47), S.156.

54 Akira Yamagishi, *Renritsu shikakenin*, Kôdansha, 1995.

“Politische Reform” in Italien und Japan (DAIKOKU)

Gewerkschaften im privaten Sektor, hielten eine Zusammenarbeit mit der LDP nicht unbedingt für ausgeschlossen.

Ursprünglich hatten die Gewerkschaften der großen Unternehmen im privaten Sektor die Initiative zur Gründung des Bundes ergriffen und in ihrem Hintergrund stand der Unterschied zwischen Sôhyô (Nihon Roudoukumiai Sôhyôgikai, Allgemeiner Rat der Gewerkschaften Japans) und Dômei (Zennihon Roudô Sôdômei, Allgemeiner Arbeiterbund Japans) in der gewerkschaftlichen Politik. Nach der Ölkrise setzten die Gewerkschaften der großen Unternehmen ihre Priorität auf Zurückhaltung in der Lohnpolitik und Erhaltung der Beschäftigung, während die im öffentlichen Sektor in der Initiative vom Sôhyô immer mehr reale Lohnerhöhung forderten⁵⁵. Im Hintergrund der guten Zusammenarbeit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den Betrieben und keiner realistischen Möglichkeit zum Regierungswechsel, behielten die Gewerkschaften im privaten Sektor Kontakte zwar mit den Oppositionsparteien, aber sie begannen gleichzeitig auch zu Regierung und Behörden direkten Kontakt aufzunehmen, um mit der Zeit mehr und mehr darauf einzuwirken, ihre politischen Forderungen zu realisieren. In dieser Situation beschlossen die zwei Strömungen im Rengô (Sôhyô-Center und Dômei-Yûaikaigi) ihre Auflösung im März 1993. Auf der zweiten Generalversammlung des Rengôs, entschloss sich der Ge-

55 Takeo Kinoshita, Sangyôbetsu zenkokusoshiki no bunretsu saihen to minkan „Rengô” eno michinori ; Hitoshi Igarashi, Seiji seitô to roudô kumiai, in Ôhara Syakai Mondai Kenkyûsyô (Hrsg.) „Rengôjidai” no roudô Undô : Saihen no katei to Shintenkai, Sôgô rôdô kenkyûsyô, 1993.

werkschaftsbund in der Initiative des Vorsitzenden dazu, einen Regierungswechsel und eine Ohne-LDP-Regierung zu fordern. Aber hinter dieser generellen Übereinstimmung gab es den Meinungsunterschied zwischen den Gewerkschaften der großen Unternehmen, die andere Möglichkeiten einschließlich der Unterstützung einer neuen Partei nicht ausgeschlossen betrachteten, und den im öffentlichen Sektor, die unentwegt auf dem Zusammengehen mit der JSDP beharrten⁵⁶. Aber als die JSDP und die DSP, sowie die eigenen Kandidaten Rengô's in den Oberhauswahlen 1992 durchaus zurückfielen, steigerte sich die Forderung nach einer neuen Partei besonders von den Jidôsyas-Sôren (Konföderation der = Gewerkschaften in der Metalindustrie), Zendentsû (Gewerkschaft der Beschäftigten in der Telekommunikation), Tekkô-Rôren (Federation der Gewerkschaften in der Eisen-und Stahlindustrie) und anderen Gewerkschaften im privaten Sektor. Die Tatsache, dass die Vorsitzenden dieser Gewerkschaften mit Ozawa, ohne den Vorsitzenden des Bundes, Yamagishi, ein Geheimgespräch führten und die Möglichkeit einer neuen Partei besprachen, zeigte die Enttäuschungen der Gewerkschaftler und den Verfall der JSDP, die als erste Oppositionspartei nach dem zweiten Weltkrieg eine lange Geschichte hatte. Das zeigte auch, dass die Initiative im Prozess der parteipolitischen Neuordnung von der JSDP verlorengehen

56 Sumio Egami, Rengô "Seiji-Hôshin" o dô yomuka? Tsuyomaru seitô tonô "kinôteki kankei" ron no keikô, *Monthly Syakaitô*, Nr.2, 1992; Hisao Nakajima, "Kihon Seisaku" de fumidashita rengô sanyaku kaigi-Ryûdôka suru seitô to rôdô kumiai tonô kankei, *Monthly Syakaitô*, Nr. 7, 1992.

müsste. In der Tat unterstützten die Gewerkschaften im privaten Sektor in den allgemeinen Wahlen im Jahre 1992 nicht nur die Kandidaten der JSDP und DSP, sondern auch die der JNP, von der Shinsei-Partei Ozawas und von Sakigake, während Zidentsû, zum Beispiel, von den bei der JSDP offiziell anerkannten Kandidaten, die als mehr links orientiert in der Partei betrachtet wurden, sogar ihre Unterstützung ausschlug. Damit trennten sie sich von ihrer Tradition. Der Verfall der JSDP wurde auch hier im Prozess der Veränderung der Gewerkschaften nach den 70 er Jahren vorbereitet und, als die Liquidierung in der politischen Klasse begann und die parteipolitische Neuordnung plötzlich an der Tagesordnung war, wurde der Verfall der JSDP, nach der gewerkschaftlichen Politik in den 70 und 80 er Jahren, zu einer wichtigen Dynamik des Realignment auch in der parteipolitischen Politik der 90 er Jahre⁵⁷.

- Nach der Veränderung des Wahlsystems

Die wichtigste Voraussetzung der Hosokawa-Koalitionsregierung war das Zusammengehen der JSDP und der Shinsei-Partei Ozawas, obwohl die beiden Partner in eigenen Wählerschaften und Grundsatzipolitik ganz verschieden und im Grunde nicht miteinander vereinbar waren. Die Antwort auf die Frage, warum die so verschieden politisch orientierten Parteien eine Kooperation eingehen konnten, ist dass das Zusammengehen mit diesem Partner, auch

57 Nobuhiro Hiwatari, „55 nen” seitôsei hen’yô no seikan kankei, *Nenpô seijigaku 1995*, Iwanami Syoten, 1995.

wenn ungerne, der einzige Weg zu ihrem Überleben war. Die Shinsei-Partei Ozawas wurde dazu gezwungen, weil es ihr nicht gelang, die LDP zu liquidieren und innerhalb der Partei mehr Parlamentarier um sich zu sammeln, und sie als relativ kleine Gruppe aus der LDP austreten musste. Die JSDP hatte keine freie Wahl, wie wir schon untersuchten, als mit Ozawa zu kooperieren, weil sie gerade im entscheidenden Moment der politischen Neuordnung keine konfliktfähige Strategie entwerfen konnte. Von ihr als Partner einer Ohne-LDP-Regierung betrachtete Mitteparteien waren der LDP schon angenähert, und die wichtigeren großen Gewerkschaften kehrten ihr schon den Rücken. Das Zusammengehen der beiden Parteien ermöglichte zwar den Regierungswechsel und die Ohne-LDP-Regierung, die die Japaner seit fast 40 Jahren zum ersten Mal nach dem Entstehen des »Regimes von 1955« erfuhren. Aber dieses Zusammengehen der beiden Parteien zeigte, ironisch genug, *nicht die Stärke sondern die Schwäche* der JSDP und Shinsei-Partei, welche die Regierungsmacht endlich in die Hand nahmen.

Der Prozess danach kann als die Folge der Unverträglichkeit der beiden Parteien betrachtet werden. Die Kluft zwischen der JSDP einerseits und andererseits der Shinsei-Partei, Komeito, und der DSP vergrößerte sich mehr und mehr. Die Unterschiede in der Grundsatzpolitik wurden langsam immer unverkennbarer und Ozawas Regierungsmanagement hinter verschlossener Tür stieß nicht nur die JSDP, sondern auch seine Gruppe zum Scheitern gedrängten Takemura und ihre Gruppe, Sakigake, ab. Der »Verrat« um den Entwurf zu einer neuen Mehrwertsteuer »für den Wohlfahrtsstaat« und auch um die Bildung der neuen Fraktion im Ab-

“Politische Reform” in Italien und Japan (DAIKOKU)

geordnetenhaus, sowie das Durcheinander um die Ministerpräsidentenschaft Hatas, drängten das Zusammenhalten der Koalition in die Krise und führten zuletzt zum Verlassen der JSDP und Sakigake daraus und dann zu einer neuen Koalitionsregierung der JSDP, LDP und Sakigake unter Ministerpräsidentenschaft des Parteivorsitzenden der JSDP, Murayama. Die von der LDP-JSDP geführte Koalition aus der Regierung getriebenen Parteien entschlossen sich danach zu der Gründung einer neuen Partei, Shinshin-Partei. Diese aber stürzte gleich wegen großer parteiinterner Meinungs- und Richtungsunterschiede zu ihrer Auflösung. Die JSDP, auf der anderen Seite, ergriff zwar die Initiative bei der Koalitionsverhandlung der Murayama-Regierung, und führte ihre langjährig offen schwebenden Angelegenheiten, die unter den LDP-Regierungen vernachlässigt blieben, zum Beispiel, Gesetz zur Unterstützung der Atombombenopfer sowie Entschädigung der Minamata-Kranken, zu einer politischen Lösung. Weil es offensichtlich war, dass die zwei größeren Parteien in den Mehrheitswahlkreisen nach der Reform des Wahlsystems nicht zusammengehen könnten, blieb der JSDP keine große Aussicht mehr, als dritte Kraft zwischen der LDP und der neuen Shinshin-Partei die Wahlen zu gewinnen. Und außerdem verlor sie viele ihrer vorigen Wählerschaft der Oppositionszeit, da sie unter der Verantwortung der Regierung ihre wichtige Grundsatzzpolitik, zum Beispiel, um die Selbstverteidigungssteitkräfte, die Verfassung, die Atomkraftwerke, und die Koreapolitik, im wesentlichen revidieren musste. Der Versuch, mit der grundsätzlichen Erneuerung als eine veränderte Partei neu anzufangen, scheiterte und immer mehr Mitglieder ver-

ließen die Partei. Sie änderte zuletzt ihren Namen von »Shakai to» zu »Shakai minshu to»⁵⁸. Aber der andere Name half der »neuen» Partei nicht und sie bricht nach einer langen Geschichte in den ersten allgemeinen Wahlen nach dem neuen Wahlsystems fast zusammen, obwohl sie als die erste Regierungspartei die Verantwortung für die Einführung des neuen Systems genommen hatte⁵⁹.

Im Vergleich mit der JSDP und Shinshin-Partei, die aus ihrer Schwäche nicht herauskommen konnten, schwächte sich die LDP als Parteiorganisation nicht, auch wenn sie zum ersten Mal in ihrer Geschichte die Rolle der Oppositionspartei spielen musste. Im Gegensatz zur Erwartung Ozawas liquidierte sich die Partei nicht und hielt zusammen. Ihre starke Position entwickelte sich immer weiter, nachdem es ihr gelang, sich unter Ministerpräsident Murayama wieder an der Macht zu beteiligen und gewann endlich wieder die Mehrheit im Abgeordnetenhaus. Die LDP ist nicht der Verlierer der politischen Reform.

(Italien)

58 »Shakai tō» bedeutet in Englisch »Socialist Party» und »Shakai minshu tō» »Social Democratic party,» Die JSDP kommt natürlich aus »Japan Social Democratic Party,» Sie nannte sich offiziell in Englisch »JSDP», obwohl sie sich zugleich in Japanisch »Socialst Party» nannte.

59 In den allgemeinen Wahlen im 1996 gewann die neue JSPD nur 15 Sitze im Abgeordnetenhaus. *Nihon Keizai Shinbun Zeitung*, 21. Oktober 1996.

-Segnis Vorstellungen zur politischen Reform

Segni, der die Volksabstimmungen um die Reform des Wahlrechts organisierte, war ein geborener Katholik und vom Charakter her ein überzeugter Konservativer. Kurz nach seinem Eintreten in die DC wurde er nicht nur in der Partei, sondern auch in der Öffentlichkeit bekannt, denn er beurteilte Ende der 70er Jahre den Kooperationsversuch der beiden eigentlich miteinander im Gegensatz stehenden großen Parteien, der konservativen DC und den Kommunisten, *Nationale Solidarietà*, sehr kritisch. Später, als der Vorstand der DC im Jahre 1983 der PSI und deren Vorsitzenden, Craxi, die Ministerpräsidentenschaft der Koalitionsregierung zugestand, trat sein Widerstand gegen den Vorstand seiner eigenen Partei sehr bestimmt hervor. Nach seiner Meinung hätten die Entscheidungen des Parteivorstandes im Parlament die in den Wahlen gezeigten Wähleraufträge überschritten und es fehle ihnen die demokratische Legitimität⁶⁰. Die Funktionslähmung in der italienischen Politik wäre vom seit langem geltenden Verhältniswahlrecht, das die DC zu solchen Entscheidungen zwang und eine klare Mehrheit im Parlament verhinderte, verursacht worden. Er forderte deswegen eine Änderung dieses Wahlsystems und daraus folgende grundsätzliche politische Reformen.

60 Annette Jünemann, Vom Movimento per la Riforma Elettorale zum Patto per L'Italia; Erfolg und Mißerfolg der Referendumsbewegung Mario Segnis, in L. V. Graf Ferraris, G. Trautmann und H. Ullrich(Hrsg.), *Italien in Geschichte und Gegenwart: Italien auf dem Weg zur "zweiten Republik" ?*, Peter Lang Verlag, 1995, S. 109.

Weil Segni seine Widerstände im Parlament und Versuche zur Reform immer scheitern sah, entschied er sich für ein anderes Mittel, welches das Parlament von außen zur Reform des Wahlsystems zwingt: die Volksabstimmung. Er organisierte dafür einen Ausschuss zur Reform des Wahlsystems (COREL) und die überparteilichen Teilnehmer, einschließlich der Kommunisten, versammelten sich bei diesem Ausschuss. Aber das zeigte einen Widerspruch dieser Organisation. Diese warb Teilnehmer überparteilich, damit eine Reform nicht das Zusammengehen, sondern eine stärkere Konkurrenz um eine klare Mehrheit im Parlament ermöglichen könnte. Segni selber erkannte diesen Widerspruch und stellte sich vor, nach dem Durchsetzen des Ziels den Ausschuss sofort wieder aufzulösen. Aber in der Entwicklung der Sache fand ein anderer Akteur eine andere Bedeutung von dieser Bewegung zur Volksabstimmung heraus und begann mit einem anderen Ziel und Szenarium als dem Segnis seinen Einfluss auf den Prozess auszuüben. Anders als Segnis Vorstellung, parteipolitischer Neuordnung in der Initiative der überwiegenden konservativen Lager, wurde die Bewegung von dem anderen Akteur, der in der in den 80 er Jahren mehr fixierten Machtstruktur isoliert war, als ein einziges Mittel zu seinem Überleben neu entdeckt. Dadurch erhielt diese überparteiliche Bewegung noch eine andere Bedeutung in der Parteienpolitik. Das wurde von der Konstruktion des Ausschusses ermöglicht. Während Segni und seine Vorstellung in der Entwicklung der Neuordnung immer mehr an den Rand gedrängt wurden, begann der Nebendarsteller in der italienischen Politik der 80 er Jahre seinen Einfluss auf den Prozess zu erhalten. Dieser neue Akteur hieß PDS und ihr Vorsitzender

Achille Occhetto.

- Reform der PCI und das Mehrheitswahlrecht

Occhetto erkannte die Notwendigkeit einer Reform des Wahlsystems schon im Jahre 1987, bevor er zum Parteivorsitzenden ernannt wurde, und forderte ein neues System, das als Wirkung zwei große um einen Regierungswechsel miteinander konkurrierende Pole im Parlament entstehen lässt⁶¹. Es ist deswegen weder merkwürdig noch plötzlich, dass er Sympathie zu Segnis Bewegung empfand, auch wenn die am Anfang eigentlich von dem konservativen Lager entworfen wurde. Außerdem musste er als der Vorsitzende der PCI erkennen, dass die Parteireformen einschließlich der Erneuerung der Ideologie nach dem Mauerfall in Berlin von selber her keine beachtenswerten Wirkungen erzielten und keinen entscheidenden Durchbruch für die Partei erreichten. Das haben ihm offenbar die Ergebnisse in den Regionalwahlen von 1990 und 1991 gezeigt. In dieser Situation erkannte Occhetto in Segnis Bewegung die Möglichkeit einer in alle Regierungs- und Oppositionsparteien hineinwirkenden parteipolitischen Neuordnung durch Änderung des Wahlsystems wieder. In der Tat führte die Initiative Segnis zu einer Kontroverse in der DC und stieß auf den besonders starken Widerstand von CAF. Parteipolitische Erneuerung durch Ver-

61 Patrick MacCarthy, The Referendum of 9 June, in Stephen Helleman and Gianfranco Pasquino (eds.), *Italian Politics: A Review*, vol.7 Pinter, 1993, p. 15.

änderung des Wahlsystems (Einführung des Mehrheitswahlrechts) wurde nun die wichtigste Strategie der ersten Oppositionspartei⁶², der es nicht gelungen ist, sich durch ihre Parteireform von ihrer isolierten Situation zu befreien. Segni und Occhetto standen nun mit den verschiedenen Vorstellungen und Zielen auf einer gemeinsamen Basis.

Ihre Entscheidung für die Reform des Wahlrechts ist von der Sicht der Partei rational begründet. Wie schon überprüft, blieb der PCI keine große Auswahl: sie war in den 80er Jahren wegen der neuen Strategie der PSI und Craxi isoliert geblieben und hatte keine realistische Aussicht zum Regierungswechsel. Die Parteireform nach dem Mauerfall in Berlin einschließlich der Änderung des Parteinamens von „PCI“ zu „PDS“(Partito Democratico della Sinistra) bricht diese schwierige Situation der Partei nicht auf.

Occhetto nahm an, dass sich alle Parteien durch Einführung des Mehrheitsrechts zu zwei großen Blöcken, links um die PDS und rechts, getrennt zusammenziehen würden und die strukturelle Schwäche der Partei durch das neue Wahlsystem überwunden wer-

62 Michele Salvati, *The Travail of Italian Communism*, in *New Left Review*, no.202, 1993; Patrick MacCarthy (1992)(Anm.61); ders., *The Italian Communists Divide and Do not Conquer*, in Gianfranco Pasquino and Patrick MacCarthy (eds.), *The End of Post-War Politics in Italy: The Landmark 1992 Elections*, Westview Press, 1993; Stephan Hellman, *The Difficult Birth of the Democratic Party of the Left*, in R. Leonardi and F. Anderlini (eds.) (1992).

63 Mauro Calise, *Remaking the Italian Party System: How Lijphart Got It Wrong by Saying It Right*, in *West European Politics*, vol. 16, 1993, pp. 549-552.

den könnte⁶³. Ochetto gab zum ersten Mal zu, dass die Partei durch das Verhältniswahlssystem, das sie seit langem als ein unverzichtbares Element der italienischen Demokratie nach dem zweiten Weltkrieg betrachtet hatte, ihre isolierte Situation nicht brechen konnte und entschloss sich rational für das Zusammenziehen der linken Akteure um sich, um durch ein neues Wahlsystems wieder im Mittelpunkt der politischen Bühne auftauchen zu können. Die Neuheit der Strategie Ochetto's liegt darin, dass die Erneuerung der Partei an die Bewegung zur Volksabstimmung und auch besonders an die Einführung des Mehrheitswahlrechtes geknüpft war⁶⁴.

- Segni und Ochetto

Dass die beiden Politiker, Segni und Ochetto, mit verschiedenen Vorstellungen das gemeinsame Projekt der Volksabstimmung zu dieser Zeit machen konnten, hing von der Tatsache ab, dass es zu dieser Zeit noch nicht klar war, wie sich das Projekt entwickeln und was für Folgen es für jeden haben wird. Aber als der Wille der Bürger zur Reform und ihre Ablehnung der bisherigen Politik in der ersten Volksabstimmung um die Reform des Wahl-

64 Fusao Ushiro, *Seiken kôtai no aru minsyusyugi: Ozawa Ichirô to itaria kyôsantô*, Madosya, 1994.

65 Hideko Magara, Political Reform and Realignment in Italy (2): The Dynamics of the Italian Electoral Reform and its Transitional Outcome, in *Tsukuba University Journal of Law and Political Science*, no. 21, 1996, p.307; Piergiorgio Corbetta and Arturo M.L. Parisi, The Referendum on the Electoral Law for the Senate : Another Momentous April, in Carol Mershon and

rechtes und in den allgemeinen Wahlen im Jahre 1992 gezeigt wurde⁶⁵, und als die Enthüllung der »Tangentpoli«- Skandale von der Staatsanwaltschaft zu einer verwirrten Sachlage führte, in deren Lauf es viele Selbstmorde, Verhaftungen, und Meuchelorde gab, wurde es offensichtlich, dass die Möglichkeit zur inneren Reform der bisherigen Regierung schon verpasst wurde. Das auch Andreotti und Craxi, die Spitzenpolitiker der Nachkriegszeit, von der Staatsanwaltschaft untersucht wurden, war ein symbolisches Ereignis. Nun verschärfte sich die Konkurrenz um die Initiative der parteilichen Neuordnung erheblich.

Im Oktober 1992 veranstaltete Segni eine neue Versammlung, gründete die »Nationale Bewegung zur Reform« und warb um die Unterstützung der kleineren Parteien und Organisationen, um die Initiative der Neuordnung ergreifen zu können. Aber Segni war nicht der einzige, der auf die Initiative lauerte. Außer der »Lega Nord«⁶⁶, die in den allgemeinen Wahlen im Jahre 1992 große Fortschritte gemacht hatte, nahm auch die PDS Ochetto an der

gianfranco Pasquino (eds.), *Italian Politics: Ending the First republic*, westview, 1995 ; Gianfranco Pasquino, The Electoral reform Referendums, in Robert Leonardi and Fausto Anderlini (eds.), *Italian Politics : Review, vol. 6*, Pinter, 1992.

- 66 Herbert Kitschelt, *The Radical Right in western Europe: A Comparative Analysis*, Michigan U.P., 1996, chap.5 ; Carko E. Ruzza and Oliver Schmidtke, Roots of Success of the Lega Lombarda : Mobilisation Dynamics and the Media, *West European Politics*, vol.16, no.2, 1993 ; Oliver Schmidtke und Carlo E. Ruzza, Regionalisistischer Protest als "Life Politics" : Die Formierung einer sozialen Bewegung : die Lega Lombardia, in *Soziale Welt*, vol.44, no.1, 1993.

Konkurrenz um die Initiative teil. Der Einfluss der PDS, die für die erste Volksabstimmung 190 000 Unterschriften gesammelt hatte, konnte nicht übersehen werden und auch in der DC wurde Marzinazzoli, der als Reformler in der Partei betrachtet wurde, zum Parteivorsitzenden ernannt und er versuchte damit die Reformbereitschaft der DC zu zeigen, und zum »Held“ der Volksabstimmung und der politischen Reform gewordenen Segni innerhalb der Partei zu halten. Hier musste sich Segni entscheiden, mit wem er für sich selber kooperieren will⁶⁷. Als ein Katholik und Konservativer forderte er zuerst Marzinazzoli dazu auf, gemeinsam eine neue katholische Mittepartei zu gründen. Aber als dieser Vorschlag von ihm abgelehnt wurde, konnte Segni nicht mehr in der DC bleiben und trat endlich aus der Partei aus. Um diese schwierige Situation wechselnd mit einer Kooperation mit den Linken zu durchbrechen, näherte er sich der PDS Occhetto und forderte von ihr, sich aufzulösen. Nach seiner Meinung könnte sich die PDS ohne Nachteile der Parteigeschichte als Kommunisten ihre Chance nicht nur mit ihrer Organisation und ihrem finanziellen Potenzial, sondern auch mit dem guten Ruf Segnis neu beleben⁶⁸. Segni lauerte auf die Ministerpräsidentenschaft im Zusammengehen mit den Linken. Aber die PDS stimmte Segni zwar zu, im Rahmen der »Demokratischen Allianz (AD)“ mit ihm zusammenzuarbeiten, aber lehnte die Auflösung der Partei strikt ab⁶⁸. Occhetto war sich bewusst, dass es die Partei mit Segni in Konkurrenz um die Initiative vom Realignment

67 Annette Jünemann (1995) (Anm.60) S.114.

68 *ibd.*, S. 117.

aufnimmt. Er wusste, dass die Partei in der AD immer mehr Einfluss erhielt und die PSI schon wegen der Skandale fast zusammenbrach. In dieser Situation war Occhetto ganz davon überzeugt, dass nur die PDS zu dieser Zeit im Zentrum der linken Kräfte stehen und die Dynamik der Volksabstimmungsbewegung zu ihren Gunsten nutzen kann⁶⁹. Ohne Partner war Segni völlig isoliert und musste aus der AD austreten. Ihm blieben wenige Alternativen. Er erklärte schließlich die Gründung einer neuen Mittepartei und kündigte eine Wahlenallianz mit der DC an. Aber nur wenige verließen die AD zusammen mit Segni⁷⁰. Segnis Versuch und Ehrgeiz, die italienische Politik durch Änderung des Wahlsystems in der Zusammenarbeit mit der Opposition grundsätzlich zu reformieren und dadurch die Machtbasis der konservativen Lager zu verstärken, scheiterte hier in der Konkurrenz um die Initiativen der parteipolitischen Neuordnung mit dem Ex-Kommunisten, der PDS, die in der Volksabstimmungsbewegung ihre Überlebenschance entdeckte.

69 *ibd.*, S.117; Martin Rhodes, *Reinventing the Left : The Origins of Italy's Progressive Alliance*, in Carol Mershon and Gianfranco Pasquino (eds.), 1995 (Anm. 65).

70 Annette Jünemann (1995) (Anm.60), S.118.